

Das EEG als Belastungsprobe für den Föderalismus?

Eine Analyse zum „grünen Länderfinanzausgleich“

von Alexander Timm

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) veröffentlichte am 24.02.2014 seine jährlich erscheinende Dokumentation zum Themenkomplex Erneuerbare Energien. Vorab bekanntgemachte Zahlen bezüglich der EEG-Salden der Bundesländer offenbaren auf den ersten Blick ein zweigeteiltes Deutschland: Während vor allem die Flächenländer im Norden sowie Bayern als vermeintliche „Gewinner“ der EEG-Vergütungen hervorgehen, müssen die Stadtstaaten sowie die in Mitteldeutschland und im Westen gelegenen Bundesländer kräftig für die Energiewende zahlen. Die isolierte Betrachtung der Zahlungssalden sorgte in der Presse für kontroverse Diskussionen und Meinungen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung beispielsweise provozierte schon Anfang Februar mit dem Artikel „Nordrhein-Westfalen zahlt Bayerns Ökostrom“.

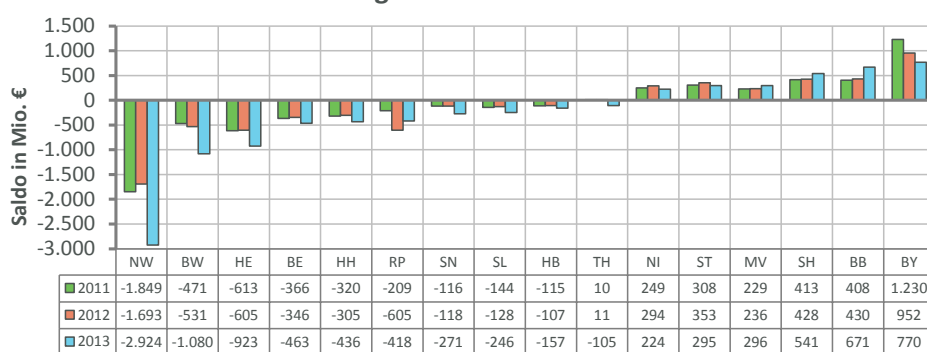
Ist eine solche Aufschlüsselung der Zahlungsströme überhaupt sinnvoll oder gar gerecht? Die Energiewende ist ein gesamtdeutsches Projekt, bei dem von vornherein klar war, dass unterschiedliche Regionen auch unterschiedliche Potenziale aufweisen. Selbstverständlich lassen die guten Sonnenverhältnisse im Süden Deutschlands höhere Erträge aus Photovoltaikanlagen zu, wohingegen die nördli-

chen Bundesländer von der besseren Windhöufigkeit profitieren – und das bei weitestgehend undifferenzierten Vergütungssätzen. Daher kommt es auch zu erheblichen Verzerrungen. Die Entwicklung der EEG-Salden der Jahre 2011-2013, die sich aus der Verrechnung der geleisteten EEG-Umlage aller Verbraucher eines Bundeslandes mit den erhaltenen Vergütungen der EEG-Anlagen ergibt, ist im nachstehenden Diagramm veranschaulicht.

Börsenstrompreise hervorgerufen, die allesamt zum Anstieg der EEG-Umlage bzw. der Summe der EEG-Ausgaben beitragen.

Zahlreiche Faktoren entscheiden beim Zustandekommen der Salden, ob ein Bundesland mit positiver oder negativer Bilanz aus der Auswertung hervorgeht. Bevölkerungs- und Industriedichte, spezifischer Stromverbrauch und Siedlungsstruktur sind nur einige der maßgeblichen Einflüsse

EEG-Zahlungssalden der Bundesländer



Quelle: nach BDEW "Erneuerbare Energien und das EEG", 2012-2014

Dabei ist zu erkennen, dass die Grundtendenzen der Zahlungssalden der vergangenen Jahre bestehen blieben. Im Jahr 2013 jedoch ergab sich eine deutliche Verschärfung der Defizite. Diese wurden speziell durch die Nachholungen für 2012, gestiegene Industrieprivilegien sowie gesunkene

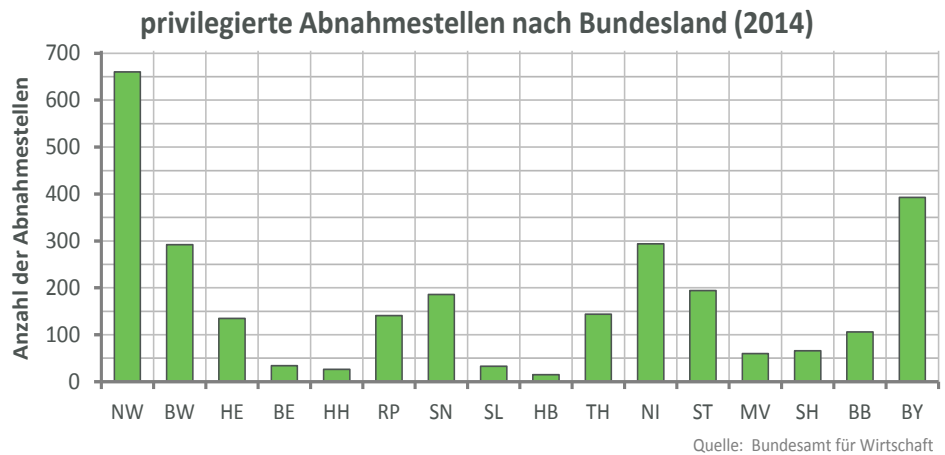
auf die Zahlungssalden. Ebenso ist die Zusammensetzung des erzeugten EEG-Stromes von hoher Bedeutung. Die nachfolgenden Beispiele verdeutlichen diese Problematik.

Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit den meisten Einwohnern, woraus unmittelbar folgt, dass dort

auch die meisten Haushalte und viele kleine und mittelständische Unternehmen die EEG-Umlage zahlen müssen, die sich dort für 2013 auf ca. 4,5 Mrd. € belief. Gleichzeitig ist in dem dicht besiedelten Bundesland pro Kopf nur vergleichsweise wenig erneuerbare Leistung installiert. Die Anlagenbetreiber konnten folglich nur Erlöse von 1,6 Mrd. € aus der EEG-Vergütung einfahren, woraus in der Bilanz ein Fehlbetrag von -2,9 Mrd. € resultiert.

In Bayern hingegen profitieren vor allem Eigenheimbesitzer und Landwirte mit PV-Anlagen von der hohen Solarstromvergütung der Vorjahre 2010-2012. Etwa 10 GW PV-Leistung und damit ca. 30% der bundesweit installierten PV-Erzeugungskapazität finden sich im Freistaat wieder, womit 2013 Zuflüsse von 2,95 Mrd. € generiert worden sind. Dementsprechend positiv fällt auch der Zahlungssaldo aus: etwa 4 Mrd. € EEG-Vergütung flossen 2013 insgesamt in Richtung Bayern, wobei aus dem Land ca. 3,2 Mrd. € an Umlage geleistet worden sind. In Summe ergibt sich ein positiver Saldo von 770 Mio. €.

Insbesondere die Stadtstaaten Berlin (-463 Mio. €), Bremen (-157 Mio. €) und Hamburg (-436 Mio. €) bieten kaum Möglichkeiten für die Erzeugung regenerativen Stromes in großem Stil und werden damit automatisch zu Zahlern. Zukünftige Szenarien sehen aber wohl eine Versorgung dieser Städte mit Grünstrom aus dem jeweiligen Umland vor, das bisher in allen drei Fällen als EEG-Empfänger aus der Berechnung hervorgeht. Fasst man schließlich Berlin mit Brandenburg, Hamburg mit Schleswig-Holstein sowie Bremen mit Niedersachsen zusammen, ergibt sich eine wesentlich ausgeglichene Bilanz. Außer Acht gelassen ist in dieser Betrachtung jedoch der durch den



verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien eingetretene Verfall der Börsenstrompreise. Davon profitieren vor allem die von der EEG-Umlage ausgenommenen Stromverbraucher. Nach Prognosen des BDEW für das Jahr 2014 wird eine Strommenge in Höhe von rund 100 TWh bei der EEG-Umlage privilegiert sein. Geht man davon aus, dass durch erneuerbare Energien der Börsenstrompreis bereits um etwa 2 ct/kWh gefallen ist, ergibt sich damit eine Einsparung in Höhe von ca. 2 Mrd. €. Davon profitieren, wie man der nachgestellten Grafik entnehmen kann, jedoch in starkem Maße wiederum die industriell geprägten Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, womit zumindest teilweise die roten EEG-Salden kompensiert werden können.

Damit lässt sich festhalten, dass eine isolierte Betrachtung der Zu- und Abflüsse bezogen auf die EEG-Umlage zu kurz greift und wenig Aussagekraft besitzt. Der eigentliche Umverteilungskampf findet insofern nicht über die EEG-Umlage statt. Auch vor den Erneuerbaren Energien hat es in Deutschland immer schon Stromexportländer und Stromimportländer gegeben. Die durch die erneuerbaren Energien befeuerte Neuordnung der Stromproduktionsbi-

lanzen der einzelnen Bundesländer hat traditionelle Importländer zu Exportländern werden lassen und umgekehrt. Verstärkt wird dieser Effekt in den nächsten Jahren noch durch den Atomausstieg. Die Erzeugung verlagert sich damit immer mehr von Süd nach Nord und von West nach Ost. Dass eine solche Neuordnung nicht ohne Konflikte vonstatten geht, ist keine Überraschung.